

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8387** auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei immer noch andauernder Abwesenheit des Abgeordneten Sagel **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8388** auf. Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/8389** auf. Wer diesem Antrag seine Unterstützung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8390** auf. Wer diesem Antrag seine Unterstützung geben möchte, den bitte ich aufzuzeigen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8391** auf. Wer möchte diesem Antrag seine Zustimmung geben? Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8392** auf. Auch hier darf ich um Ihr Votum bitten, wer dem Antrag zustimmen möchte. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8393** auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich aufzuzeigen. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. – Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8394** auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion der SPD. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8395** auf. Wer diesem Antrag seine Unterstützung geben möchte, den bitte ich aufzuzeigen. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. – Damit hat auch dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden und ist **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8396** auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit hat auch dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden und ist **abgelehnt**.

Ich rufe den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8397** auf. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte ihm nicht zustimmen? – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Damit sind wir am Ende der Abstimmung über die Änderungsanträge zum Einzelplan 02.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/8002**. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, bitte ich aufzuzeigen. – Fraktion der CDU und Fraktion der FDP. Wer stimmt dem nicht zu? – Fraktion der SPD und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege Sagel hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt, weil er nicht im Raume ist. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 02 beschlossen**.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wir kommen zu:

Einzelplan 06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8006 und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Ihnen als Tischvorlage vorliegen.

Ich eröffne die Beratung Frau Kollegin Dr. Boos für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Dr. Boos.

Dr. Anna Boos (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushaltsentwurf zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie steht in

seiner Gesamtheit an wesentlichen Stellen auf sehr tönernen Füßen. Mit einzelnen Änderungsanträgen an verschiedenen Stellen könnte man an diesem Entwurf vielleicht herumdoktern. Allerdings hilft das wenig, wenn das Gesamtzahlenwerk nicht stimmig ist. Das Wort Mogelpackung drängt sich bei der Betrachtung der grundlegenden Zahlen auf.

Der Wissenschaftshaushalt steigt zwar überproportional, das heißt aber nicht, dass die Landesregierung hier einen wirklichen Schwerpunkt setzt. Das Gegenteil ist eher der Fall. Die Ausgaben in diesem Bereich steigen nur, weil der Finanzierungsbedarf von Bund-Länder-Mischausgaben steigt. Hier wäre zum Beispiel die BAföG-Steigerung zu nennen, die von der SPD in der Bundesregierung durchgesetzt wurde,

(Minister Karl-Josef Laumann: Oh Gott!)

oder die überproportional steigenden Versorgungslasten.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, wie Sie Vorsorge getroffen haben, wenn Sie die Kriterien des Hochschulpakts nicht erfüllen werden. Statt der anvisierten 26.307 neuen Studienplätze waren es Ende 2008 gerade einmal 2.300 zusätzliche zum Bezugsjahr 2005.

(Beifall von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Laut KMK müssten 30 bis 40 Millionen € zurückgezahlt werden, wenn die zugesagten Studienplätze nicht entstehen.

Insofern sehen wir ganz deutlich, dass die Wissenschafts- und Hochschulpolitik des Landes schlicht und einfach nicht hält, was sie verspricht. Der Weg geht in die falsche Richtung. Durch die Gesetzgebung des Landes hat sich NRW mittlerweile vieler Profilierungsmöglichkeiten beraubt. „Privat vor Staat“ regiert im Hochschulbereich, da mag die aktuelle Finanzkrise noch so warnen.

An einigen Stellen möchte ich Ihnen exemplarisch Punkte aufzeigen, an denen sich unsere Kritik am Haushalt herauskristallisiert.

Als Erstes ist hier die Fachhochschulinitiative zu nennen. Neue Studienplätze müssen geschaffen werden. Dies ist hinsichtlich des bereits vorhandenen Fachkräftemangels absolut vernünftig. Fachkräfte im MINT-Bereich können nun einmal am besten an Fachhochschulen und wenn irgend möglich in dualen Studiengängen ausgebildet werden. Für den doppelten Abiturjahrgang ist ein vergrößertes Studienangebot sowieso ein absolutes Muss.

Doch was geschieht? Es gibt einen Wettbewerb mit vielen Überlegungen, mit vielen Konzepten, die unter anderem eine schnellstmögliche Bereitstellung von Studienplätzen beinhalten, die auch aufzeigen, dass die Schaffung von dualen Studiengängen bereits auf dem Weg ist.

Doch warum werden nicht die bestehenden Standorte ausgebaut? Warum werden neue Wasserköpfe produziert? Warum soll ein neuer Hochschulstandort für 40 Studierende etabliert werden? Warum müssen überhaupt neue Standorte ausgelobt werden? Bis diese Standorte entstanden sein werden, hat der doppelte Abiturjahrgang voraussichtlich sein Studium beendet.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Auch die Auswahl der neuen Standorte ist nicht transparent. Wir als SPD haben deshalb eine Anhörung zum Fachhochschulausbau beantragt.

Aber damit es noch mal deutlich ist: Studienplätze zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe dieses Landes,

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

die effizient zum Beispiel an bestehenden Orten und zeitnah erfolgen muss.

Was zeigt der Blick in den Haushalt? In Anbetracht des Haushaltsansatzes ist schon fraglich, wie die Landesregierung dies auf den Weg bringen will. 3,5 Millionen € stehen 2009 bereit. Ich weiß ja nicht, wie es Ihnen geht, liebe Kolleginnen und Kollegen bei CDU und FDP, aber ich kann mir keine Fachhochschule und auch keinen weiteren Standort für eine bestehende Fachhochschule vorstellen, der mit diesem geringen Ansatz zügig auf den Weg gebracht werden soll. Oder schielen Sie hier bereits auf das zweite Konjunkturprogramm?

Als zweites Beispiel will ich den Hochschulbau nennen. Wir als Oppositionspartei stellen Anträge zu diesem Thema, denn die Problematik ist offensichtlich. Der Investitionsstau ist ganz deutlich, und auch nach fast vier Jahren veränderten politischen Konstellationen in diesem Land mit großmundigen Ankündigungen und erheblichen Steuermehreinnahmen des Landes NRW ist von der angekündigten Aufbruchstimmung leider nichts zu bemerken. Man kann eher konstatieren, dass in den letzten Jahren nur wenig geschehen ist.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Oh!)

In unseren Anträgen fordern wir eine energetische Sanierung unserer Hochschulen.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD] – Marc Jan Eumann [SPD]: Genau so!)

Unsere Hochschulen müssen unter dem Gesichtspunkt der Energieeffizienz Referenzeinrichtung werden.

Die Regierungskoalition scheint an dieser Stelle nicht zuständig und weist alle unsere Forderungen zurück. Plötzlich aber, als die Finanzkrise Bundesgeld in Aussicht stellt, wird ein 8-Milliarden-€-Programm für den Hochschulbau angekündigt. Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass bis zum Jahr 2020 bereits 6 Milliarden € in der mittelfristigen Fi-

finanzplanung vorgesehen waren. 6 Milliarden € sind bis dahin bereits vorhandener Ansatz.

Aber wo sind die restlichen Mittel versteckt? Die Erläuterungen im Ausschuss waren alles andere als deutlich. Das, was es aber gibt, ist Hochschulbau aus Studiengebühren. Ihn hat es seit deren Einführung als Neuregelung gegeben. Dass wir dies ablehnen, brauche ich nicht noch einmal zu betonen. Für die Grundfinanzierung der Hochschulinfrastruktur und für das Personal muss das Land seiner Verantwortung nachkommen.

Ein drittes Beispiel für falsche Weichenstellung findet sich bei den Studentenwerken. Die minimale Erhöhung des Ansatzes ändert nichts an ihrer chronischen Unterfinanzierung. Wir halten das für nicht weiter hinnehmbar, hat doch der gewünschte Ausbau der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft auch eine soziale Dimension. Allein die Wahrnehmung der Studentenwerke als BAföG-Ämter verlangt eine wesentliche Aufstockung der Haushaltsmittel.

(Christian Weisbrich [CDU]: Warum das?)

– Das erkläre ich jetzt. – Zahlreiche Faktoren werden in den kommenden Jahren für neue Aufgaben, für neue Herausforderungen an unseren Hochschulen sorgen. Da ist die bereits angesprochene Verkürzung der Schulzeit mit dem darauffolgenden doppelten Abiturjahrgang genauso wie das Streben geburtenstarker Jahrgänge an die Hochschulen zu nennen.

So verändert sich die Altersstruktur der Studierenden, und dann reden wir eben nicht mehr nur über neue Studienplätze. Diese müssen einhergehen mit mehr Wohnraum, der sowohl bezahlbar als auch bedarfsgerecht sein muss. Hierzu gehört auch der Aufbau von mehr Beratung und mehr Angeboten im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Studium. Dafür brauchen wir hochschulnahe und familiengerechte Ganztagsbetreuungsangebote für die Kinder von Studierenden und Mitarbeitern der Hochschulen.

Das Land muss also nicht nur in neue Studienplätze investieren, genauso wichtig ist es, in die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums zu investieren. Beides sind gemeinsam unverzichtbare Voraussetzungen für einen erfolgreichen Studienabschluss.

Leider beweist der Haushaltsentwurf, dass die Landesregierung die Bedeutung dieses Punktes nicht so verstanden hat. Dem setzen wir die Forderung nach einer Rücknahme der Kürzungen der vergangenen Jahre bei den Studentenwerken entgegen. Ihre Unterfinanzierung muss beendet werden, damit sie als Träger der sozialen Infrastruktur des Studiums ihre Aufgaben flexibel und bedarfsgerecht erfüllen können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn wir also über die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums reden, ist es natürlich auch ganz wesentlich, über die soziale und wirtschaftliche Lage von Studierenden selbst zu reden. So sind es besonders die Studiengebühren, die junge Menschen vom Studium abhalten. Sie führen dazu, dass die Studierenden mehr Stunden in Erwerbsarbeit und weniger Stunden in die Inhalte ihres Studiums stecken. Studiengebühren sind eine Belastung und halten Studierende vom Studium fern. Aber auch hier erscheint es müßig, auf einen Sinneswandel der FDP/CDU-Landesregierung zu setzen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dies gilt genauso für die bundesweit einzigartige Abschaffung der Studienkollegs. Auch hier gab es eine große Ankündigung von Mitteln, die in die Förderung ausländischer Studierender fließen sollten, nachdem die Studienkollegs ohne Not abgeschafft wurden. Eine Summe von unter 500.000 € soll nun gerade einmal in ein solches Programm fließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landesregierung, von CDU und FDP, Sie sollten sich meines Erachtens klar machen, dass ausländische Studierende in vielerlei Hinsicht eine Bereicherung für unsere Hochschulen, unsere Gesellschaft und Wirtschaft sind. Die sinkende Quote an ausländischen Studierenden bedeutet für unser Land einen Wettbewerbsnachteil.

Aber auch hier stellt sich die Landesregierung quer und lässt alle Aufrufe aus der Wissenschaft zur Wiedereinführung der Studienkollegs ungehört verhallen. Zuletzt wurde die Abschaffung von Dr. Bode, dem Generalsekretär des DAAD, kritisiert.

In zwei Jahren will man nachprüfen, wie der Entwicklungsstand ist. Dabei ist doch jetzt schon erkennbar, dass es sich bei der Schließung um eine Fehlentscheidung handelt. Für unsere Hochschulen und das internationale Ansehen unseres Landes ist diese Entscheidung unerträglich.

(Beifall von der SPD)

Dann ist auch die Förderung von Frauen in der Wissenschaft zu nennen. Die Regierung hat hier einen wichtigen strukturellen Fehler begangen, indem sie das Bonus-Malus-System abgeschafft hat.

Aber sie lässt die Hochschulen auch allein, indem sie bei bundesweit ausgeschriebenen Programmen, wie dem Professorinnenprogramm, keine echte Schützenhilfe und keine ausreichende staatliche Finanzierung leistet. So können besonders unsere Fachhochschulen, die im MINT-Bereich dringend Frauen als Vorbilder benötigen, eben nicht erfolgreich sein.

Unbefriedigend ist dieser Haushaltsentwurf insgesamt für Wissenschaft und Hochschulen, wie ich an den genannten Beispielen deutlich gemacht habe. Er stellt die falschen Weichen.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, eine zukunftsweisende Politik für die Hochschulen in NRW sieht völlig anders aus. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Boos. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Löttgen das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zum Teilbereich Innovation: In Zeiten, in denen für Unternehmen und Wirtschaft eine Krise prognostiziert wird, ist es gut und notwendig, über die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft, über die Innovationsfähigkeit unseres Landes Nordrhein-Westfalen zu sprechen.

Sowohl die Haushaltszahlen als auch der neue Innovationsbericht 2008 lassen die Anstrengungen und Erfolge der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen erkennen,

(Beifall von der CDU)

das zentrale Feld der Innovationsfähigkeit weiter zu stärken und auszubauen. Dabei gewinnt der Faktor der Innovationsgeschwindigkeit zunehmend an Gewicht, eine Tatsache, der wir aus meiner Sicht zukünftig mehr Bedeutung schenken müssen.

Bevor ich auf einige Zahlen des Haushaltsentwurfs zum Thema Innovation eingehe, möchte ich Ihnen eine Aussage des Innovationsindikators 2008 der Telekom Stiftung nicht vorenthalten. Auf Seite 31 ist dort zu lesen:

Mehr Innovation dank Wettbewerb.

Und weiter:

Je mehr Wettbewerb herrscht, desto engagierter arbeiten Unternehmen an innovativen Produkten.

Gibt es eine bessere Bestätigung für den Kerndanken unserer Innovationspolitik?

(Beifall von der CDU)

Stichwort Bestätigung: Der Innovationsbericht 2008 trifft die bemerkenswerte Aussage, es sei „davon auszugehen, dass die wesentlichen Veränderungen an den hochschulpolitischen Rahmenbedingungen langfristig wirksame Impulse für Nordrhein-Westfalen als Innovationsstandort setzen werden.“

Zurück zu den Zahlen: Ein Mehr von 3,8 % und damit eine Steigerung von 575 Millionen € auf 597 Millionen € ist im wichtigen Handlungsfeld der Innovationsförderung

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Zu wenig!)

zu verzeichnen. 15 Millionen € für die Einrichtung eines Peta-FLOP-Rechners am Forschungszentrum Jülich oder 1 Million € zur Unterstützung der Proteinforschung im Rahmen des Gesundheitscampus sind nur einige Punkte.

Neue Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 9,72 Millionen € – 6 Millionen € beim Innovationsfonds und 3,72 Millionen € für „Science to Business“ – geben Spielraum vor allen Dingen auch für die Kofinanzierung von Ziel-2-Projekten. Aus der Fläche – diese Bemerkung sei mir erlaubt – kommt der Wunsch nach einer Beschleunigung bei der Umsetzung dieser Ziel-2-Projekte. Ich denke, diesem Wunsch sollten wir Rechnung tragen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Berechtigt!)

Mit diesen Verpflichtungsermächtigungen wird erneut der für NRW so wichtige Bereich der Innovationsförderung im Privaten, also bei den Unternehmen, befeuert. Die Erfolge, so denke ich, werden nicht lange auf sich warten lassen.

Bereits im aktuellen Innovationsbericht lässt sich für den Zeitraum 2005/2006 bei ausgewählten Unternehmen mit Unternehmenshauptsitz in Nordrhein-Westfalen eine überproportionale Steigerung der FuE-Ausgaben, also der Forschungs- und Entwicklungsausgaben, verzeichnen.

Dies ist ein positives Signal,

– so der Innovationsbericht weiter –

das zeigt, dass die Leitungen der in NRW ansässigen Unternehmen den Stellenwert von Forschung und Entwicklung für den Innovationsprozess erkannt haben und vor allem an einer Umsetzung arbeiten.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist eine Schönrede!)

– Das ist keine Schönrede, das ist die Aussage im Innovationsbericht, Herr Professor Bollermann. Lesen Sie ihn einfach nach.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Lesen bildet auch an dieser Stelle.

Hervorzuheben ist darüber hinaus die Einrichtung des mit 150.000 € dotierten Innovationspreises. Spitzenforschung und spektakuläre Ergebnisse bedürfen einer stärkeren öffentlichen Anerkennung und Förderung. Diesem Gedanken tragen wir mit dem Innovationspreis Rechnung.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Innovationsmaschine Nordrhein-Westfalen läuft stetig, und – vor allen Dingen – sie läuft rund. Im Wettbewerb mit anderen Bundesländern holen wir Runde

um Runde auf. Dort, wo nachjustiert werden muss, werden wir nachjustieren.

Wichtig ist aber vor allen Dingen eines: Während andere von Vertrauenskrise sprechen, vertrauen wir auf die findigen und innovativen Köpfe in unserem Land. Wir vertrauen darauf, dass kreative Unternehmen in unserem Land mit innovativen Produkten und Dienstleistungen weiterhin ihre Weltmarktführerschaft festigen und ausbauen werden.

Wir schaffen durch stabile Vorgaben Sicherheit für Investitionen und entwickeln damit eine zukunftssichere Plattform, auf der sich der Anspruch NRWs, bis 2015 Innovationsland Nummer eins zu werden, auch verwirklichen lässt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und Christian Lindner [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Als nächster Redner hat der Kollege Lindner für die Fraktion der FDP das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 setzt die Koalition den seit 2005 eingeschlagenen Kurs fort, einerseits zu konsolidieren und andererseits weitere Schwerpunkte im Feld von Bildung, Wissenschaft und Innovation zu setzen. Das zeigt sich insbesondere beim Einzelplan des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Denn wie in den vergangenen drei Jahren werden die Mittel in diesem Bereich auch im Jahr 2009 deutlich erhöht.

Insgesamt steigen die Ausgaben auf gerundet 5,57 Milliarden €. Das ist ein Zuwachs von 4,1 %. Der Zuwachs ist überproportional, weil der Landeshaushalt insgesamt um 2,9 % wächst. Das ist eine Schwerpunktbildung, eine Schwerpunktverlagerung innerhalb der Landespolitik.

Der Löwenanteil des Geldes, 53 %, entfällt auf die Hochschulen, rund 3 Milliarden € inklusive der Mittel für den Hochschulpakt. Damit erhalten die Hochschulen in 2009 über 108 Millionen € mehr als noch im vergangenen Jahr. Das ist eine Steigerung von 3,8 %.

951 Millionen € sind für die Hochschulmedizin vorgesehen. Weitere 951 Millionen € fließen in gesetzlich vorgegebene Verpflichtungen.

Meine Damen und Herren, ich will neben diesen Strukturdaten, die die gewachsene Bedeutung des Feldes im Gesamthaushalt zeigen, einige wenige ausgewählte Projekte aus diesem Einzelplan hervorheben.

Das ist zum einen der Ausbau unserer Fachhochschulen. Bereits heute ist in Nordrhein-Westfalen

wie in Deutschland, in unserer Volkswirtschaft insgesamt auf dem Arbeitsmarkt ein Fachkräftemangel zu beklagen. Das gilt aber insbesondere für Hochqualifizierte und hier insbesondere für den kompletten Bereich von mathematisch-naturwissenschaftlichen, ingenieurwissenschaftlichen und informatischen Qualifikationen.

Die anstehende Periode steigender Studierendenzahlen bietet uns nun die Möglichkeit, dieses Problem wirkungsvoll zu lösen. Aus diesem Grund schafft die Koalition mit diesem Haushalt die Voraussetzungen dafür, dass insbesondere im Bereich der MINT-Fächer 11.000 neue Studienplätze geschaffen werden können. Im Haushaltsplan ist dafür ein Mittelansatz von 76 Millionen € vorgesehen.

Mit diesem Geld wollen wir den Grundstein für die Gründung der drei neuen Fachhochschulen mit je 2.500 Plätzen legen. Zudem werden bestehende Fachhochschulen, wie Sie wissen, im Umfang von 2.500 weiteren Studienplätzen an fünf Standorten ausgebaut.

Wir haben einen noch laufenden Standortwettbewerb für die Fachhochschule für Gesundheitsberufe. Hier sind weitere 1.000 neue Studienplätze vorgesehen.

Insgesamt 22 Städte, Regionen und Fachhochschulen haben sich im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens einer Juryentscheidung gestellt.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Mit zweifelhaften Ergebnissen!)

– Mit alles andere als zweifelhaften Ergebnissen, sondern mit Ergebnissen, die auch in den Regionen, Herr Prof. Bollermann, größte Akzeptanz erfahren haben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Nein, das stimmt so nicht!)

Das ist ein unabhängiges Gutachtergremium gewesen, bestehend aus Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft. Wir haben dieses Projekt Ende 2008 angeschoben. Wir haben ja am kommenden Freitag die Gelegenheit, das entsprechende Gesetz hier zu beraten.

Es entstehen nun in Hamm-Lippstadt, am Nördlichen Niederrhein sowie im westlichen Ruhrgebiet, in Mülheim und Bottrop, drei neue Fachhochschulen mit jeweils 2.500 Studienplätzen. Wie gesagt, am Freitag diskutieren wir das hier plenar.

Diese insgesamt 11.000 neuen Studienplätze im Bereich der MINT-Fächer – mehr oder weniger – sind ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Fachkräftemangel. Sie sind aber zudem eine Investition in diejenigen Regionen, die besonders vom Rückgang etwa des Steinkohlenbergbaus sowie von sonstigen strukturellen Benachteiligungen betroffen sind.

Jetzt hat Herr Bollermann leider gerade ein Telefonat anzunehmen, aber ich will trotzdem auf eines hier noch hinweisen dürfen: Als wir im Zuge des Hochschulfreiheitsgesetzes über sogenannte Standortgarantien für einzelne Hochschulen gesprochen haben, war eines der Kernargumente der SPD, dass ein Hochschulstandort auch eine strukturpolitische, eine regionalpolitische Bedeutung habe, Frau Dr. Boos. Das war ein Kernargument der SPD.

Jetzt verbinden wir unsere innovationspolitische Zielsetzung mit eben dieser strukturpolitischen Zielsetzung, ohne hier Qualitätsstandards zu verletzen, da wir ja eine Juryentscheidung haben. Dann sagen Sie hier, nein, diese regionalpolitische Dimension wollten Sie nicht sehen, Sie hätten nur an bestehenden Standorten ausgebaut. Da sagen wir: Wir wollen die unterschiedlichen Zieldimensionen des Studienplatzaufbaus, der innovationspolitischen Bedeutung – MINT-Fächer – und auch der regionalpolitischen Bedeutung gleichermaßen betonen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb war die gewählte Schwerpunktsetzung richtig.

Ich will einen zweiten Bereich kurz ansprechen. Wenn wir in Zukunft erfolgreich sein wollen, dann müssen wir auch im internationalen Wettbewerb die besten Köpfe haben. Wir, sowohl Union als auch Freie Demokraten, haben immer gesagt, dass wir Studienbeiträge einführen wollen, um die Finanzierung unseres Hochschulwesens auf eine andere Grundlage zu stellen.

Im Übrigen ist damit auch eine Fairnesskomponente verbunden, weil diejenigen, die ein Hochschulstudium absolvieren, höhere Lebenseinkommen erzielen. Hier ist es also durchaus gerechtfertigt, einen Eigenbeitrag zu verlangen.

Das will im Übrigen auch die politische Linke. Sie bedient sich nur eines anderen Instrumentes. Die Linke setzt auf eine sogenannte Akademikersteuer. Die findet sich in allen möglichen Programmen, Grundsatzprogrammen und gewerkschaftlichen Positionsbestimmungen.

Da setzen wir lieber auf Studienbeiträge, weil der einzelne dort ja noch einen Anreiz hat, sein Studium effizient und schnell abzuschließen, um die individuelle Belastung zu reduzieren. Unser Modell ist also in jeder Beziehung Ihrem Ansatz überlegen.

Aber worauf ich hinaus will: Wir haben immer gesagt, wir verbinden in der Perspektive die Einführung von Studienbeiträgen auch mit Stipendiensystemen. Das ist im Grunde eine politische Botschaft gewesen, die in der hochschulpolitischen Szene in den letzten Jahrzehnten unisono gesendet worden ist. Allein: Passiert ist nichts.

Bis in diese Tage hinein, denn jetzt legen wir mit diesem Haushalt eine erste Grundlage dafür, gehen einen ersten Schritt, um ein solches Stipendiensys-

tem aufzubauen. Ziel muss es sein, dass auf der nationalen Ebene ein Stipendiensystem eingeführt wird, mit dem etwa jeder zehnte Studierende eine Unterstützung erhält. Gegenwärtig sind es etwa 2 %.

Für uns ist wichtig, dass dieses Stipendiensystem einkommensunabhängig und leistungsbezogen ist. Wir wollen kein bedarfsabhängiges System – dafür haben wir das BAföG –, sondern ein leistungsbezogenes System, das die besten Talente fördert, das einkommensunabhängig ist und auch dadurch noch einmal mehr Leistungsanreize setzt.

Für uns ist ferner wichtig, dass es ein dezentral organisiertes System ist, das Mittel von Privaten, etwa von Unternehmen, von Stiftungen, aber auch von privaten Mäzenen, also von natürlichen Personen, mit einbezieht.

Das gelingt aber nur aufgrund der Glaubwürdigkeit und der Nähe zu den Geförderten, wenn die einzelne Hochschule hier die Verantwortung trägt.

Es bedarf nach wie vor noch einiges an Überzeugungsarbeit, um dieses nationale Stipendiensystem mehrheitsfähig zu machen. Dem Vernehmen nach sind es insbesondere die sozialdemokratisch regierten Länder, die Bedenken haben. Wir in Nordrhein-Westfalen aber setzen ein Zeichen: Schon in diesem Haushaltsplan werden Mittel bereitgestellt, um ein solches Stipendienprogramm in nordrhein-westfälischer Verantwortung für besonders begabte Studierende zu implementieren.

Der dritte und letzte Bereich, den ich kurz ansprechen möchte, ist die Hochschulmodernisierung. Im Dezember des vergangenen Jahres hatte die Landesregierung angekündigt, bis zum Jahr 2020 8 Milliarden € in die Modernisierung und Sanierung unserer 33 staatlichen Hochschulen zu investieren. Die erste Modernisierungsstufe erfolgt in den Jahren 2009 bis 2015 und sieht Investitionen in Höhe von 5 Milliarden € vor. Das bedeutet, dass die jährlich vorgesehen Investitionen im Bereich der Hochschulmodernisierung durchschnittlich 75 % über den Ausgaben der Jahre bis 2005 liegen. Das ist eine Zahl, die man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen muss.

Fazit: Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf 2009 stellt sicher, dass Nordrhein-Westfalen auch künftig exzellente Rahmenbedingungen und immer bessere Rahmenbedingungen für Innovation und Forschung, für Lehre und Studium bereitstellt. Für diese Ziele stehen der beachtliche Ausbau im Bereich der Fachhochschulen, der Aufbau eines bundesweit einmaligen Stipendiensystems sowie die kontinuierliche Erhöhung der Ausgaben für Forschung, Wissenschaft und Innovation. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Dr. Seidl das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst, weil Herr Löttgen den Innovationsbericht der Landesregierung zitiert und hoch gelobt hat, mit einem Zitat aus der „WAZ“ vom 28. Januar 2009 beginnen:

Zu wenige Schüler mit Hochschuleraubnis wagen ein Studium, zu gering sind die Forschungsausgaben, zu wenige Betriebe werden von Hochschulen gegründet, die Zahl von Patenten ist zu niedrig – einmal im Jahr liefern die RWI-Wirtschaftsforscher und der Stifterverband im Auftrag der schwarz-gelben Landesregierung mit ihrer Analyse über die Innovationskraft von NRW ernüchternde Zahlen.

So weit zur Innovationspolitik der Landesregierung.

Und wenn wir uns die Entwicklung der Haushaltszahlen seit dem Jahr 2005 ansehen, so zeigt sich sehr deutlich, dass die Landesregierung zwar einen Schwerpunkt bei der Forschung setzt, die Lehre dagegen massiv vernachlässigt. So steigen die Mittel für die Hochschulen lediglich um 2,9 %, während die Mittel für die Forschung einen Zuwachs in Höhe von 7,3 % verzeichnen. Innovationen fangen aber in den Köpfen an.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– In der Tat, Herr Lindner. – Deshalb können wir es uns nicht erlauben, wie seit der Regierungszeit von Schwarz-Gelb geschehen, dass die Studierendenzahlen zurückgehen, weil der Bereich der Hochschulen massiv unterfinanziert ist und weil die derzeit amtierende Landesregierung Zugangshürden aufgebaut hat,

(Minister Dr. Helmut Linssen: Oh!)

die junge Menschen davon abhalten, ein Studium aufzunehmen. Wir haben das Ihnen schon mehrfach vorgerechnet. Ob Sie das glauben oder nicht: Wir haben ein Defizit und eine Lücke.

Mit den Studiengebühren soll das Loch in der Lehre gestopft werden, bedarfsgerechte Unterstützungsstrukturen wie ein sozial ausgewogenes Stipendiensystem sind dabei nicht einmal im Ansatz vorhanden. Vor dem Hintergrund der geburtenstarken Jahrgänge und dem doppelten Abiturjahrgang 2012/2013 ist die Weichenstellung, wie sie dieser Haushalt widerspiegelt, geradezu fahrlässig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir fordern deshalb mit Blick auf die steigenden Studienberechtigtenzahlen und auf die großen Zukunftsfragen dieser Gesellschaft, nämlich wie wir intelligente Konjunkturprogramme als Teilbereiche

eines sozialökologischen Investitionsprogramms schaffen, die Sanierung und den Ausbau der Hochschulen mit zusätzlichen 300 Millionen € im Haushalt zu verankern. Mehr Köpfe sowie neue Lehr- und Lernformen im Rahmen der Bologna-Reform fordern einen veränderten Raumbedarf im Ausbau und eine energieeffiziente Sanierung im Bestand.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt sicherlich kaum besser investiertes Geld als das, was jetzt in die energetische Sanierung von Bildungseinrichtungen fließen soll. Es verbessert die Bedingungen vor Ort, es hilft, das Klima zu schützen, es rentiert sich über Einsparungen bei den Energiekosten in kürzester Zeit und es schafft Arbeitsplätze im Handwerk vor Ort. Deshalb haben wir Grüne bereits im November 2008 einen entsprechenden Antrag für ein Konjunkturpaket des Landes in den Landtag eingebracht. 1,6 Milliarden € wollten wir investieren und wir wollen es auch immer noch. Davon sollen allein in diesem Jahr 300 Millionen € zusätzlich in die Sanierung unserer Hochschulen fließen. Vielleicht erinnern Sie sich daran, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und vielleicht erinnern Sie sich auch daran, dass Sie diesen Antrag abgelehnt haben.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Erst jetzt, da der Bund Sie quasi zwingt, auch eigenes Geld in die Hand zu nehmen, scheint sich bei Ihnen etwas zu bewegen. Aber da wir wissen, dass jeder lernfähig ist – von Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern erwartet man das zu allererst –, hoffen wir, dass Sie Ihren Irrtum von damals korrigieren und unserem Antrag hier und heute zustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Kommen Sie mir jetzt nicht damit, dass Sie eigentlich noch mehr wollen, Herr Lindner. Nicht 300 Millionen €, sondern 700 Millionen € wollen Sie laut Presseberichten aus dem Konjunkturpaket vor die Klammer ziehen – so war es zumindest zu lesen –, um sie in die Hochschulen zu stecken. Das ist auch schön zu hören. Aber ich frage Sie: Warum steht eine solche Zahl denn heute nicht in diesem Haushaltsplan? Warum kann man das nicht nachverfolgen und nicht nachlesen?

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Dr. Helmut Linssen: Oh!)

Warum sind Sie nicht unserem Vorschlag gefolgt, eine zweite Ergänzungsvorlage einzubringen, in der diese Gelder stehen?

(Minister Dr. Helmut Linssen: Oh! – Zuruf von der FDP: Das Programm ist noch nicht verabschiedet!)

Der Weg über einen Nachtragshaushalt ist jedenfalls nicht geeignet, um wirklich schnell etwas zu bewegen, weder an unseren Hochschulen noch auf

dem Arbeitsmarkt vor Ort. Aber ich habe auch hier einen Vorschlag: Wenn Sie ohnehin beabsichtigen, in einigen Wochen die 700 Millionen € zusätzlich in einem Nachtragshaushalt bereitzustellen, warum beschließen Sie nicht schon heute gemeinsam mit uns unseren Antrag auf zusätzliche 300 Millionen €, quasi als erste Rate für 2009?

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann könnte es endlich losgehen, auch schon in diesem Jahr – Stimmen Sie doch zu! –; denn der Bedarf für eine zeitnahe Umsetzung für Neubauten und Erweiterungsmaßnahmen im Hochschulbereich ist riesengroß. Deshalb sagen wir sehr deutlich: Fangen Sie doch endlich an, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, und lassen Sie Ihren großmundigen Versprechungen Taten folgen! Reden Sie nicht nur, sondern handeln Sie endlich und stimmen Sie unserem Haushaltsantrag zu!

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber lassen Sie mich noch einige Sätze zu unseren anderen Anträgen sagen, bei denen wir uns diesmal auf zwei Themen konzentriert haben, bei denen wieder einmal sehr deutlich wird, wie sehr Anspruch und Wirklichkeit bei Ihnen auseinanderklaffen.

Erstens: die Studentenwerke. Sie verkünden großspurig, dass die Zahl der Studienanfänger in NRW ein Rekordhoch erreicht habe. Das ist zwar erfreulich, aber letztlich kein Wunder, denn auch die Zahl der Studienberechtigten ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen – wenn auch nicht in dem Maße, in dem wir mehr Studienanfänger haben. Das war nicht zuletzt wegen der guten Schulpolitik der letzten Legislaturperiode unter Rot-Grün der Fall.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Widerspruch von CDU und FDP)

Das weist der Innovationsbericht auch schon für die Zeit vor 2005 aus. Sie wissen genau, Herr Pinkwart: Hinter dem, was Sie geplant und dem Bund im Hochschulpakt versprochen haben, liegt Ihr angeblicher Rekord deutlich zurück.

Dass mit mehr Studienanfängern auch die Aufgaben der Studentenwerke wachsen, ignorieren Sie einfach. Deshalb hatten wir bereits im Ausschuss den Antrag gestellt, die Mittel der Studentenwerke zu erhöhen, damit sie diesen gewachsenen Aufgaben gerecht werden können. Leider haben Sie dies im Ausschuss bereits abgeschmettert.

Zweitens: die Stipendien. Ich möchte gar nicht zum wiederholten Male vorrechnen, dass die lächerlich geringe Summe, die Sie vorsehen, bei Weitem nicht für die Zahl der Stipendien ausreicht, die Sie angeblich verteilen wollen. Denn mit den bislang vorgesehenen Mitteln von 540.000 € können gerade einmal 130 Stipendien von 3.600 € im Jahr finanziert werden.

Ich möchte nun noch einmal auf den grundsätzlichen Konstruktionsfehler dieser Stipendien hinweisen. Denn wenn Sie diese tatsächlich nur an die 10 % der Besten vergeben wollen, erreichen Sie auch nur die besten 10 % der tatsächlich bedürftigen Studienberechtigten aus armen Familien. 90 % derer, die wir dringend erreichen und für ein Hochschulstudium gewinnen müssten, gehen leer aus. Gemessen an den Zielen der Erhöhung der Akademikerquote und der Bekämpfung des Fachkräftemangels ist das also eine Effizienz von gerade einmal 10 %. Das ist ganz schön mager, Herr Minister.

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Wie viel sind es jetzt?)

Wir schlagen deshalb nicht nur eine Erhöhung der Mittel für Stipendien, sondern auch eine Veränderung der Fördersystematik vor. Im Ergebnis könnte tatsächlich jeder und jede der 5.000 Studierenden, die aus finanziellen Gründen kein Studium aufnehmen, erreicht und zum Gang an die Hochschule bewegt werden. Das wäre eine Effizienz, um im Bild zu bleiben, von 100 % gegenüber 10 % bei Ihren Vorstellungen.

(Ralf Witzel [FDP]: Was haben Sie denn gemacht?)

Deshalb sage ich an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb:

(Ralf Witzel [FDP]: Was haben Sie denn in den zehn Jahren gemacht? – Gegenruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist eine blöde Frage! Diskutieren Sie doch nach vorne und nicht zurück!)

Ruhen Sie sich nicht zu lange auf den PR-Lorbeeren Ihres Wissenschaftsministers aus! Handeln Sie endlich! Investieren Sie in Köpfe! Bauen Sie Zugangshürden ab und sichern Sie die soziale Infrastruktur! Nur so erreichen wir, dass in Zukunft genügend junge Menschen ein Hochschulstudium aufnehmen und dieses auch erfolgreich abschließen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist nicht Ihre Leistung! – Gegenruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Diskutieren Sie doch nach vorne und nicht zurück!)

Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der SPD: Herr Witzel, Sie haben es immer noch nicht verstanden! – Ralf Witzel [FDP]: Wohl! – Weitere Zurufe)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Jetzt ist Herr Minister Pinkwart an der Reihe.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung setzt mit dem Haushaltsentwurf 2009 nicht nur mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftskrise, sondern mit Blick auf die langfristige Entwicklung unseres Landes notwendige Schwerpunkte für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie.

Die Etatposten für diese Bereiche sollen im Vergleich zum gesamten Landeshaushalt überproportional steigen; darauf haben bereits Herr Löttgen und Herr Lindner in ihren Beiträgen, auch was die Zahlenvergleiche betrifft, deutlich aufmerksam gemacht.

Was sind die Schwerpunkte unserer diesbezüglichen Politik? Wir legen den Schwerpunkt auf beste Lehre, auf beste Forschung und Transfer sowie auf beste Köpfe – vor allen Dingen bei der Förderung unseres Nachwuchses.

Lassen Sie mich bei der breiten Investition in eine bessere Qualität der Lehre beginnen. Die Hochschulen werden im Jahr 2009 über 108 Millionen € zusätzliche Zuschüsse aus dem Landeshaushalt erhalten. Das ist anders, Frau Seidl, als Sie es in den Haushaltsunterlagen gefunden oder selbst berechnet haben.

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Denn die Steigerung der Zuschüsse an den Hochschulen übersteigt auch den durchschnittlichen Anstieg des Landeshaushaltes. Diese Steigerung beträgt 3,8 % und stellt damit einen überdurchschnittlichen Anstieg der Mittel für die Hochschulen dar.

Auch der Fachhochschulausbau ist im Bereich „Lehre verbessern“ enthalten. Insgesamt wird das Land Nordrhein-Westfalen nach den von der Landesregierung getroffenen Grundsatzentscheidungen, die von der Mehrheit dieses Hauses entsprechend unterstützt worden sind, und nach der Entscheidung des Jury-Verfahrens 1,3 Milliarden € Landesmittel in Ausbau neuer Fachhochschulen und der Erweiterung vorhandener Fachhochschulen investieren.

Wir haben einen ersten Mittelantrag im Haushalt 2009 für die in diesem Jahr vorgesehenen Maßnahmen vorgesehen. Das sind neben Barmitteln in Höhe von 3,5 Millionen € auch Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 72 Millionen € bis 2012.

Lassen Sie mich mit Blick auf die Fachhochschulen Folgendes in Erinnerung rufen, weil die Debatte an beiden Stellen, die Sie, Frau Boos und Frau Seidl, vortragen haben, sehr in die Irre führt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Dazu hat sie gar nichts gesagt! – Weitere Zurufe)

Frau Seidl, Sie beklagen die geringeren Aufstiegschancen der jungen Menschen aus den bildungsferneren und einkommensschwächeren Haushalten.

(Zustimmung von den GRÜNEN)

Sie haben doch durch die von Ihnen während Ihrer Regierungszeit getroffenen Entscheidungen mitverantworten, dass wir gerade bei der Versorgung der fachhochschulzugangsberechtigten jungen Menschen einen Flaschenhals in Nordrhein-Westfalen bekommen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben nämlich seinerzeit die Gesamthochschulen in Universitäten umgewandelt und den Zugangsweg für die 11.000 Fachhochschulzugangsberechtigten verringert, ohne zeitgleich die Fachhochschulen auszubauen.

(Beifall von der FDP)

Das hätten Sie seinerzeit tun müssen! – Was ist passiert? Die Übergangsquote der allgemein Hochschulzugangsberechtigten in Nordrhein-Westfalen liegt mit 89 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Dabei haben wir keinen Engpass.

Aber bei den Fachhochschulzugangsberechtigten liegt Nordrhein-Westfalen mit 32 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von annähernd 60 %. Das haben Sie verursacht, weil Sie das Angebot für diese Menschen verknappt haben, das bauen wir jetzt aus.

(Beifall von CDU und FDP)

Darin liegt auch die soziale Dimension des Fachhochschulausbaus.

Ich finde Ihr Zitat zu den Standorten bemerkenswert, Frau Boos. Das gebe ich an Ihre Parteifreunde in Kamp-Lintfort weiter, damit sie sehen, wie Sie über Standortfragen nachdenken.

(Heiterkeit von CDU und FDP)

Das ist doch wirklich ein bemerkenswerter Vorgang, dass Sie sagen, es spielt überhaupt keine Rolle, ob man da für die Entwicklung einer Struktur einen neuen Standort aufbaut. Ihre Parteifreunde in den jeweiligen Regionen sehen das genau umgekehrt. Die freuen sich darauf, dass sich jetzt dort etwas entwickelt, und anerkennen, dass wir es ernst meinen mit dem, was wir gesagt haben,

(Beifall von CDU und FDP)

nämlich nicht in tiefe Schächte, sondern helle Köpfe zu investieren. Das ist die neue Politik in Nordrhein-Westfalen, und das setzen wir auch sehr konstruktiv und nachhaltig um.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Seidl?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Aber sehr gerne, Herr Präsident!

Vizepräsident Edgar Moron: Das habe ich befürchtet.

(Heiterkeit)

– Ich mache nur einmal darauf aufmerksam, liebe Kollegen, Sie nähern sich jetzt mit atemberaubender Geschwindigkeit der 24-Uhr-Marke. Und ich verspreche Ihnen, es wird um 24 Uhr hier keine Gulaschsuppe geben. – Frau Dr. Seidl, bitte schön.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Minister Pinkwart, ich wollte Sie nur fragen, ob Sie einmal ein Gespräch mit dem Bürgermeister von Kamp-Lintfort geführt haben.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Wir sind in einem sehr fruchtbaren Schriftwechsel, liebe Frau Seidl, der genau das bestätigt, was ich Frau Boos eben gesagt habe, nämlich dass man dort darum ringt, möglichst viel Standort neu zu gewinnen. Deswegen sehe ich da den Widerspruch zwischen der SPD-Fraktion und ihren Vertretern in der Fläche. Darauf habe ich aufmerksam gemacht.

Im Bereich der Lehre haben wir den Hochschulpakt Teil I, an dessen Umsetzung wir ebenso arbeiten wie an der Verhandlung über die Fortsetzung des Hochschulpakts II, um sicherzustellen, dass jeder studierwillige Abiturient in den nächsten Jahren, auch beim doppelten Abiturjahrgang, einen qualifizierenden Studienplatz in Nordrhein-Westfalen bekommt. Dem dient auch das Hochschulmodernisierungsprogramm, mit dem wir uns als Landesregierung erstmalig in Nordrhein-Westfalen daran machen, den riesigen Sanierungs- und Modernisierungstau an unseren Hochschulen aufzulösen. Frau Seidl und Frau Boos, das haben wir also schon gemacht, bevor in Berlin über ein Konjunkturpaket nachgedacht worden ist.

(Beifall von der CDU)

Das haben wir gemacht, weil wir eine grundsätzliche Verbesserung erreichen wollen. Dies setzen wir auch konsequent um.

Lassen Sie mich zum Thema Lehre abschließend Folgendes sagen: Es ist immer schön, wenn aus Zeitungsberichten zitiert wird, Frau Seidl. Ich habe auch die „WAZ“ gelesen, auf die Sie sich bezogen haben. Mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich zum Thema „Qualität des Studienortes Nordrhein-Westfalen“ Folgendes sagen – Zitat –:

Positiv bewerten die Wirtschaftsforscher im Deutschland-Vergleich die Ausbildungsleistung

der 60 NRW-Hochschulen mit ihren 470.000 Studenten.

Das ist auch Gegenstand dieses Berichtes. Offensichtlich ist die Lehre nicht so schlecht, wie Sie sie hier geredet haben. Das möchte ich mit Hinweis auf den Bericht zu Protokoll geben.

(Beifall von der CDU)

Ich komme zum zweiten Punkt, beste Forschung und intensiver Transfer. Hier haben wir sicherlich einen riesigen Aufholbedarf, auch im Ländervergleich. Das haben wir von Anfang an deutlich gemacht. Hier haben wir die Mittel für die Innovationsförderung deutlich erhöhen können, nämlich wie bei den Hochschulen um 3,8 %. Hierin sind die Mittel für die Exzellenzinitiative, aber auch die wettbewerbliche Forschungs- und Entwicklungsförderung gemeint wie der Hightech-Wettbewerb, mit dem wir wichtige Impulse setzen können, um Spitzenforschung an den Hochschulen mit Spitzenforschung in den Unternehmen so zu verbinden, dass wir die nachhaltige Innovationskraft in unserem Land stärken können.

Bezüglich des Themas beste Köpfe und bester Nachwuchs ist das Stipendienprogramm angesprochen worden, und zwar zum einen das Stipendienprogramm für begabte Studierende in Nordrhein-Westfalen und zum anderen das Stipendienprogramm für ausländische Studierende. Vor wenigen Tagen hatten wir einen Kongress zur Internationalisierung der Hochschulen in Bonn. Dort sind wir sehr dafür gelobt worden, dass wir ein solches Stipendienprogramm für ausländische Studierende in Nordrhein-Westfalen aufgelegt haben. Es wächst bis zum Jahr 2011 auf die von uns von Anfang an angekündigten 3,1 Millionen € auf. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir damit den besten ausländischen Studierenden gerade auch aus den Ländern der Entwicklungszusammenarbeit hier ein viel wirksameres und erfolgreicherer Studium geben können, damit sie danach in ihren Ländern die wirtschaftlichen Impulse auslösen können, die sie brauchen, damit ihre Länder eine bessere Zukunftschance bekommen. So begreifen wir einen qualitativen Schub der Entwicklungszusammenarbeit und damit anders, als Sie das definieren.

Bei den Begabtenstipendien, Frau Seidl, muss man sich entscheiden, was man will. Für Fragen der Einkommensbezogenheit haben wir in Deutschland das Bafög. Das Bafög ist auf unsere Forderung aus Nordrhein-Westfalen hin und nicht durch die SPD, liebe Frau Boos, im Bund angehoben worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Steinbrück hat sich bis zuletzt massiv dagegen gewehrt. Das haben wir gerade aus den Ländern mit angeschoben. Hier sind die Bedarfsätze um 10 %, die Freibeträge um 8 % angehoben worden. Das führt im Haushalt dazu, dass die einkommensbezogene Ausbildungsförderung an Hochschulen

um 18,7 % steigt. Das zeigt die soziale Verantwortung, die wir im Wissenschaftsbereich sehen. Und die wird mit dem Haushalt auch unterlegt.

(Beifall von der CDU)

Darüber hinaus wollen wir unabhängig vom Einkommen die Begabungsförderung stärken. Heutzutage erhalten hier nur 2 % der Studierenden ein begabungsbezogenes Stipendium. Hierzu hat sich auch die Studienstiftung des Deutschen Volkes – Sie haben es sicherlich gelesen – in diesen Tagen geäußert und geht davon aus, dass wir bei den Studierenden ein Potenzial von 10 % der Studierenden haben, die man als begabt bezeichnen kann und die gezielt gefördert werden sollten, zusätzlich zu dem, was wir an sozialer Förderung im Rahmen des Bafögs haben.

Wenn wir als Land Nordrhein-Westfalen das erste Bundesland sind, das hier eine dritte Säule einziehen will, ein auch von der Wirtschaft unterstütztes dezentrales Stipendiensystem an unseren Hochschulen, das die Hochschulen wollen, dass die Wirtschaft unterstützen will, dann wäre es Ihre Verantwortung – SPD, aber auch Grüne, wo sie in den Bundesländern mitregieren –, sich nicht gegen dieses Modell zu stellen, sondern es endlich in Deutschland möglich zu machen. Dann könnten wir es nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern auch in anderen Ländern einführen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir jedenfalls halten Wort. Wir machen das.

Frau Seidl, wir können uns gerne zusammensetzen. Dann rechnen wir es zusammen noch einmal aus. Ich habe ja in Ihrem Antrag von 130 Stipendien gelesen. Sie müssen berücksichtigen, dass wir zum Wintersemester starten. Das heißt, es werden Zahlungen für ein Quartal sein. Das können Sie deshalb nicht auf das ganze Jahr hochrechnen.

Dann haben Sie unsere Verpflichtungsermächtigungen nicht mitgerechnet. Im Haushalt sind insgesamt mit den Verpflichtungsermächtigungen für den ersten Teil 8,6 Millionen € vorgesehen. Damit können wir alleine, wenn wir nicht den nationalen Stipendienansatz hinbekommen sollten, aus den Mitteln in Nordrhein-Westfalen 1.300 Stipendien in Kooperation mit Mitteln von Wirtschaft und Privaten mobilisieren. Das wäre ein erster kraftvoller Einstieg in ein solches Stipendiensystem. Das ist immer gefordert worden, gelegentlich auch von Ihnen und anderen. Wir wollen es endlich Wirklichkeit werden lassen. Das ist eben der Unterschied. Schluss mit den Sonntagsreden – bitte praktisches Handeln im Alltag!

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich noch ergänzen: Für die Nachwuchsförderung haben wir insgesamt 17 Forschungsschulen eingerichtet. Damit haben wir einen ganz wichtigen Beitrag für die Förderung der struktu-

rierten Doktoranden-Ausbildung geleistet. Dafür sind insgesamt 7,2 Millionen € im Haushalt eingeplant. Im Übrigen ist das auch eine große Chance, die Besten aus unserem Land, aber auch aus dem Ausland für die Doktoranden-Ausbildung in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen.

Darüber hinaus setzen wir das Rückkehrerprogramm fort. Das ist ein großartiger Erfolg geworden.

(Beifall von der FDP)

Wir haben einen riesigen Zuspruch für dieses Programm und haben damit die Chance, den Besten auch eine wirkliche Rückkehroption zu bieten. Die bisherigen Treffen, auch mit denen, die aufgrund des Programms den Weg zu uns zurückgefunden haben, sind so positiv, dass wir das sehr gerne fortsetzen wollen.

Wir setzen diese Schwerpunkte in der Überzeugung, dass Investitionen in die besten Köpfe, Investitionen in Innovationen, Wissenschaft, Forschung und Technologie die beste Konjunktur- und Wachstumspolitik sind. Die kommenden Jahre werden noch größere Anstrengungen verlangen. Auch das zeigt sicherlich der Innovationsbericht.

Für 2009 sind die finanziellen Rahmenbedingungen für Innovation, Forschung, Lehre und Studium so gut wie nie zuvor in Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie sich gelegentlich mit Rektoren und Rektorinnen unterhalten würden, dann würden Sie das dort auch bestätigt bekommen. Jedenfalls haben das unlängst sowohl der Sprecher der LRK der Universitäten wie auch die Sprecherin der LRK der Fachhochschulen zum Ausdruck gebracht.

Dabei hat der Rektor der Universität Köln, als wir vor wenigen Tagen das Zentrum für molekulare Medizin in Köln haben einweihen dürfen, seinen Wissenschaftlern ganz stolz gesagt hat, er verhandle gerade mit einem Wissenschaftler aus Yale, um ihn aus Yale nach Köln abzuwerben. Er hätte sich nie vorstellen können, dass ihm das einmal möglich sein könnte, auch solche herausragenden Persönlichkeiten nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Das ist eben auch ein Qualitätssprung in der Förderung unserer Hochschulen.

Lassen Sie mich mit zwei guten Nachrichten auch noch abschließen, weil wir in diesem Jahr 2009 nicht nur schlechte, sondern auch einige gute Nachrichten hören möchten. Zwei Nachrichten haben uns vor nicht allzu langer Zeit ereilt, die ich noch gerne zum Vortrag bringen möchte: Unsere Hochschulen in Nordrhein-Westfalen haben nach der aktuellen Bewilligungsrunde der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Viertel aller Sonderforschungsbereiche, die bundesweit ausgeschrieben worden sind, gewinnen können. Nordrhein-Westfalen ist damit deutlich vor Bayern und Baden-Württemberg die Nummer eins bei den Sonderforschungsbereichen in Deutschland.

Bei den Leibniz-Preisen 2009 – das ist der „deutsche Nobelpreis“ – haben wir drei der elf Auszeichnungen für Nordrhein-Westfalen gewinnen können. Hierbei handelt es sich um Wissenschaftler der Universitäten Bonn, Münster und Köln. Das sind auch Zeichen dafür, dass dann, wenn man sowohl in beste Lehre als auch in beste Forschung investiert, die besten Köpfe in diesem Land auch die Anerkennung und Auszeichnung erlangen, die sie nicht nur verdienen, sondern die auch unser Land zieren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Für die SPD-Fraktion erhält nun Herr Dr. Karthaus das Wort.

Dr. Gero Karthaus (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir wird hier sicherlich niemand widersprechen, wenn ich sage, dass wissenschaftlicher Vorsprung und Innovation in einer modernen Gesellschaft die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg und für zukunftsträchtige Arbeitsplätze darstellen. Sie werden mir auch zustimmen, wenn ich behaupte, dass es im globalen Wettbewerb darauf ankommt, wie schnell und gut ein Erkenntnisvorsprung in einen Wettbewerbsvorsprung übersetzt wird.

Sehen wir uns einmal an, Herr Lindner, wie sich die Situation in unserem Land aktuell darstellt: Das sogenannte Drei-Punkte-Ziel, das sind die Investitionen von 3 % des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung, wird bei uns in Nordrhein-Westfalen weiterhin drastisch verfehlt. Bis zum nächsten Jahr, wie es 2002 auf dem EU-Gipfel in Barcelona definiert und vereinbart worden ist, wird dieses Ziel nicht erreicht werden können. Deutschlandweit liegen wir bei 2,5 %, Nordrhein-Westfalen dagegen kommt gerade einmal auf 1,8 % – wie Sie, Herr Minister Pinkwart, gestern anlässlich der Vorstellung des Innovationsberichtes 2008 zugeben mussten.

Ich erinnere daran, dass es CDU und FDP waren, die zu eigenen Oppositionszeiten immer zur Einhaltung dieses Ziels von Barcelona gedrängt haben. Nun sind schon einige Jahre Regierungsverantwortung vergangen, die die CDU mit Frau Ministerin Schavan im Bund innehat und Sie, Herr Minister Pinkwart, in NRW. Ich frage Sie: Wo sind denn da die Fortschritte? Ich kann Ihnen gleich die Antwort liefern: Es gibt hier gar keine.

(Lachen von der SPD)

Im Innovationsbericht wird herausgestellt, dass die Achillesferse der NRW-Innovation das äußerst geringe Engagement der Wirtschaft im Bereich Forschung und Entwicklung mit nur 1,1 % des Bruttoinlandsproduktes bleibt, während beispielsweise Baden-Württemberg mit 3,4 % und Bayern mit 2,3 %

deutlich höhere Werte erzielen. Das RWI bezeichnet den Anteil in NRW sogar als bedenklich niedrig. Das kommt einer Ohrfeige gleich.

Herr Löttgen, Sie sprechen von Lesen, aber auch das steht im Innovationsbericht, und das lassen Sie natürlich heraus. Ich frage Sie, Herr Minister, aber auch die Wirtschaftsministerin: Wieso tun Sie hier nichts? Wieso gibt es denn keine merklichen Verbesserungen? Die Zahlen muss man einfach nur lesen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Karthaus, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Gero Karthaus (SPD): Nein, gestatte ich nicht.

Wo ist Ihre Strategie? Schließlich lag der Anteil zu Zeiten der SPD-Alleinregierung und der rot-grünen Regierung teilweise deutlich darüber. Mir drängt sich natürlich die Frage auf, ob diese Defizite unter Umständen auch mit einer desolaten Zusammenarbeit zwischen Ihnen und Frau Thoben zu erklären sind.

(Beifall von der SPD)

NRW zum Innovationsland Nummer eins zu machen, sieht jedenfalls anders aus.

Patentanmeldungen sind ein weiteres Beispiel: Wir haben weiterhin eine Forschungs- und Patentlücke in NRW. Wir kommen einwohnerbezogen längst nicht auf die Patentanmeldungen, die in Baden-Württemberg erreicht werden. Auch in Bayern ist die Zahl doppelt so hoch.

(Widerspruch von Christian Möbius [CDU])

Wir erreichen noch nicht einmal die Hälfte der einwohnerbezogenen Anmeldungen. Hier muss man selbstverständlich abwarten, ob der Patentverbund seine geplante Wirkung überhaupt in vollem Umfang entfalten wird. Ich möchte Ihnen jedenfalls jetzt schon ans Herz legen, lieber Herr Pinkwart, die Zahl der Patentscouts deutlich zu erhöhen, damit wir zumindest in den nächsten Jahren vielleicht doch noch auf einen grünen Zweig kommen.

Lassen Sie mich in weitere Bereiche kurz hineinschauen. Herr Minister, bei den Zahlen fällt auf, dass wir bei der Forschungsinvestition als Land immer weniger auf eigene Akzente setzen. Wir werden immer mehr zum Trittbrettfahrer. Die ausgegebenen Landesmittel werden immer mehr zur Kofinanzierung eingesetzt. Landesprogramme liegen bei 75 Millionen €. Das entspricht 13 % der Forschungsfinanzierung. 135 Millionen € – das sind 23 % – stammen hingegen aus der EU und 64 % aus der Bund-Länder-Finanzierung. Das heißt, wir geben hier Spielraum für eigene Akzente auf. Wir betonen nicht die NRW-Forschungslandschaft mit ihren Besonderheiten, sondern wir vergeben zunehmend eigenständige Profilierungsmöglichkeiten.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich wollte eigentlich noch etwas zur Titelgruppe 73 sagen. Das spare ich mir. Da passiert genau das Gegenteil vom sonstigen Regierungshandeln.

(Beifall von CDU und FDP)

– Sie können gleich weiterklatschen. Herr Löttgen hat eben gesagt: Der Innovationsmotor NRW läuft rund. – Ich sage Ihnen: In Wahrheit ist das ein Stottermotor mit massiven Zündaussetzern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist nicht auszuschließen, dass er vielleicht sogar noch einen Kolbenfresser bekommt. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Karthaus. – Das Wort hat Herr Brinkmeier für die CDU-Fraktion.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sagen Sie doch mal etwas gegen den Stottermotor!)

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Freunde der Wissenschaft, die so zahlreich vertreten sind! Ich möchte der ziemlich unverhohlen geäußerten Bitte des Präsidenten Rechnung tragen und meine Rede sehr kurz halten, weil vieles schon gesagt worden ist. Ich hoffe, das kommt allen entgegen.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass der Etat des Einzelplans 06 mit einem Ansatz von fast 5,6 Milliarden € nicht nur einer der recht großen Etatposten in unserem Landeshaushalt ist, sondern eben auch durch das große Wachstum, das schon erwähnt worden ist, ganz klar eine deutliche Aussage darüber trifft, für wie wichtig wir die Wissenschafts- und Hochschulpolitik halten.

Wenn ich die Beschwerden der Opposition höre, frage ich mich, wie es denn kommt, dass uns von den Hochschulen keine Beschwerden entgegengebracht werden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Es sind zu wenige an den Hochschulen!)

Wie kommt es denn, dass dort nichts davon gesagt wird? Sie sind sehr zufrieden.

(Widerspruch von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

– Wir können ja mal zusammen dort hingehen, Frau Kollegin Seidl. Dann wollen wir sehen, was passiert.

Noch etwas zur Legendenbildung: Frau Kollegin Seidl hatte einige Zitate aus einem „WAZ“-Artikel gebracht. Herr Minister Pinkwart hatte schon einige Gegenzitate aus demselben Artikel genannt. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, dass Überschriften von Artikeln zu diesem Thema von heute lauten:

„Hoffnungsschimmer für NRW“ und „Nordrhein-Westfalen holt bei Patenten auf“. Sind das gute oder schlechte Botschaften? Es sind gute Botschaften. – Wieder daneben!

(Beifall von der CDU – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Messen Sie sich doch mal an Ihren eigenen Zahlen, Herr Kollege!)

Übrigens, Frau Kollegin Seidl, die von Ihnen zitierten Zahlen – das müssen Sie einmal genau im Innovationsbericht nachlesen – beziehen sich auf die Jahre 2004, 2005 und 2006. Was folgern wir daraus? Es ist eine Schlussbilanz überwiegend Ihrer Regierung. Wir sind voll dabei loszulegen. Die Zahlen beweisen, dass es Jahr für Jahr immer besser wird.

Wir machen konsequente Reformen auf dem Weg zum Innovationsland Nummer eins und schaffen gerade die Rahmenbedingungen, dass zum Beispiel auch im FuE-Bereich vonseiten der Wirtschaft und der Industrie mehr geleistet werden kann. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in der vergangenen Wahlperiode immer nur gesagt haben: Die Wirtschaft muss mehr tun! – Aber Sie haben sie ja mit konsequenter grüner Unterstützung stets daran gehindert; ich erinnere vor allem an den Umweltbereich.

(Beifall von CDU und FDP)

Über den Ausbau der Fachhochschullandschaft reden wir am kommenden Freitag. Die Reform der Lehrerbildung möchte ich hier nur kurz erwähnen, denn darüber werden wir auch noch in aller Ausführlichkeit debattieren. Sie ist sicherlich ein sehr wichtiger Baustein, dem wir auch mit Geld Rechnung tragen werden.

Einige Worte möchte ich noch zu den Änderungsanträgen verlieren, die wir von der Opposition bekommen haben. Am spannendsten fand ich tatsächlich den Antrag der Fraktion der Grünen, aus unserem Stipendienprogramm, in dem es um Stipendien für begabte Studierende geht, das Wort „begabt“ zu streichen. Das finde ich schon sehr bemerkenswert. Ich möchte Ihnen, Bündnis 90/Die Grünen, dafür danken, dass hier so klar der Wesensunterschied zwischen Ihrer und unserer Politik dargestellt wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie streichen das Wort „begabt“ aus Ihrem politischen Vokabular, wir lassen es ganz bewusst drin. Denn es wird ein wesentlicher Bestandteil dafür sein, dass wir unser Land Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 zum Innovationsland Nummer eins machen können – zum Wohle der Menschen in unserem Land. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Brinkmeier. – Für die FDP-Fraktion erhält Herr Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich Ihrem strengen Blick nicht zu lange aussetzen, Herr Präsident, aber doch noch eine Fußnote zu dieser Debatte machen, weil sie politisch bedeutsam ist.

Es ist das regelmäßige Mantra von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, dass in Nordrhein-Westfalen wie überall die Studienbeiträge abgeschafft werden müssten. Von SPD wie von Bündnis 90/Die Grünen ist gesagt worden, das würde 2010 ein Wahlkampfthema werden. Ich war natürlich gespannt darauf, was in diesen Haushaltsberatungen vorgelegt werden würde. Beim Sichten der Änderungsanträge habe ich keinen Antrag zu den Studienbeiträgen gefunden.

(Beifall von der CDU – Marc Jan Eumann [SPD]: Ach, Herr Lindner!)

Daraufhin habe ich Sozialdemokraten und Grüne gerade während der Debatte gefragt: Gibt es denn da keinen Änderungsantrag? Ihr wollt doch die Studienbeiträge abschaffen. – Nein. Es gibt keinen Änderungsantrag.

Das lässt nur zwei mögliche Schlüsse zu. Der erste: Sie meinen es gar nicht so ernst.

(Beifall von der CDU)

Der zweite: Sie wollen die Studienbeiträge möglicherweise abschaffen, ohne die 250 Millionen € bei den Hochschulen zu kompensieren.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Jetzt erklärt sich auch erst eine Äußerung von Herrn Eumann im „Kölner Stadt-Anzeiger“, die er vor einigen Wochen gemacht hat.

(Ralf Witzel [FDP]: Aha!)

Die Universität zu Köln hatte angekündigt, aus dem Aufkommen der Studienbeiträge 50 Professorenstellen schaffen zu wollen. Herr Eumann hat sich im „Kölner Stadt-Anzeiger“ mit dem Hinweis zitieren lassen, die Universität zu Köln sollte sich bitte nicht zu sicher sein mit diesem Geld und es bitte schön nicht dauerhaft einplanen. Jetzt erklärt sich, was Sie damit gemeint haben, Herr Eumann.

(Beifall von FDP und CDU)

Ausweislich dieser Haushaltsberatungen erklärt sich, was Sie dort gemeint haben. Sie wollen die Studienbeiträge möglicherweise abschaffen, aber Sie planen nicht, das Geld zu kompensieren!

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist doch lächerlich! Das ist doch an den Haaren herbeigezogen!)

Auf diesen Landtagswahlkampf, Herr Eumann, freuen wir uns. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Jetzt hat noch einmal Frau Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lindner, Sie brauchen sich um uns keine Sorgen zu machen. Wir werden schon ein geeignetes und tragfähiges Konzept zur Kompensierung der Studiengebühren auf den Tisch legen.

Wenn Sie heute den Hochschulhaushalt feiern, dann geben Sie sich mit wenig zufrieden. Genau betrachtet sind Ihre Investitionen nichts Halbes und nichts Ganzes. Eigentlich müsste das Motto Ihres Haushalts lauten: Viele Überschriften, wenig Substanz!

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das deckt sich genau mit den hochschulpolitischen Initiativen der vergangenen Monate. Ihr Wissenschaftsminister verkauft nämlich PR-trächtige Programme mit heißer Luft und lächerlichem Inhalt.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Luftnummern!)

Lassen Sie mich das noch einmal im Zusammenhang aufzählen: Ein angebliches Hochschulbausanierungsprogramm, das sich in konkreten Zahlen im Haushalt überhaupt nicht widerspiegelt,

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

ein unterdimensioniertes Fachhochschulausbauprogramm, das erst dann greift, wenn wir wieder zurückgehende Studienanfängerzahlen haben, ein gescheiterter Hochschulpakt, dessen Bundesmittel möglicherweise wieder zurückgezahlt werden müssen – das sagen uns doch die Hochschulen –, Studiengebühren, die junge Menschen vom Studium abschrecken, und ein armseliges Stipendienmodell für gerade mal 130 Studierende,

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

und das vor dem Hintergrund eines eklatanten Fachkräftemangels im akademischen Bereich, das ist die traurige Bilanz Ihrer Regierungszeit. Das ist die Realität, vor der wir heute den Hochschulhaushalt diskutieren.

Wenn wir uns die Innovationspolitik des selbst ernannten Innovationsministers ansehen,

(Christian Lindner [FDP]: Vom Ministerpräsidenten ernannt!)

dann kann man nur sagen: Der Name allein macht das Programm noch nicht gut, Herr Pinkwart. Der

Forschungsanteil am Bruttoinlandsprodukt ist während Ihrer Regierungszeit um lächerliche 0,03 % gestiegen, und das feiern Sie heute. Lediglich 14 % der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der deutschen Wirtschaft entfallen auf Nordrhein-Westfalen. Auch bei den Patentanmeldungen können sich Bayern und Baden-Württemberg mit deutlichem Abstand vor Nordrhein-Westfalen behaupten. Das ist die Bilanz Ihrer Innovationspolitik. Da braucht man erst gar nicht aus der „WAZ“ zu zitieren; das steht im Innovationsbericht.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Eine Innovationspolitik ohne Schwerpunkte und Profil, ein Innovationsfonds ohne Transparenz und Zielsetzung, eine Innovationsallianz, die allein von den Hochschulen getragen wird – viel heiße Luft, aber wenig Innovation, viele schöne Worte, aber wenig Gestaltung.

Stattdessen mussten wir vor Kurzem noch hinnehmen, dass Sie die hauseigenen Forschungsinstitute der Titelgruppe 73 nach und nach ausbluten lassen wollen. Das ist Ihre Innovationspolitik,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Doch, das stimmt, Herr Kollege!)

alles in allem, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, eine Politik, die mehr vom Schein lebt als von Tatkraft. Wenn wir Innovationsland Nummer eins werden wollen, dann rate ich Ihnen zuallererst eines: Investieren Sie in Köpfe! Nur mit einem zukunftsweisenden und qualitätsvollen Ausbau unserer Studienplätze in Nordrhein-Westfalen werden wir dem Fachkräftemangel wirksam begegnen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Dr. Seidl. – Jetzt hat Herr Minister Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich drei kurze Anmerkungen zu Herrn Karthaus und Frau Seidl machen.

Die Forschungs- und Entwicklungsquote liegt noch nicht bei 3 %. Das haben wir eingangs unserer Regierungsverantwortung der Öffentlichkeit bekannt gegeben, nachdem wir Ihre internen Studien, die Sie in den Schubladen gehalten haben, endlich der Öffentlichkeit vorgestellt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Darauf haben wir unsere Innovationsstrategie aufgebaut. Das Bemerkenswerte ist ja – damit möchte

ich nicht unsere Arbeit hervorheben, weil wir deutlich gesagt haben, dass uns das noch nicht reicht –, wenn Sie sich den Innovationsbericht durchlesen: Wir haben es innerhalb eines Jahres geschafft, das Land Nordrhein-Westfalen bei der FuE-Quote endlich wieder auf Werte zurückzubringen, die es das letzte Mal im Jahr 1991 erreicht hat. Danach ist die Quote immer weiter gesunken.

(Beifall von CDU und FDP)

Am niedrigsten, Frau Seidl, war sie unter Ihrer Regierungsmitverantwortung, als wir bei 1,65 % im Jahre 1997 lagen. Jetzt entwickelt sich das schrittweise nach oben. Wir wollen alles unternehmen, damit es weitergeht. Nur, Frau Seidl, dann dürfen Sie uns nicht kritisieren, dass wir mehr Geld für die Forschung ausgeben, was Sie vorhin getan haben. Ich weiß nicht, wie wir das zusammenbringen wollen. Entweder Sie wollen eine höhere FuE-Quote, dann müssen Sie auch Forschungsinvestitionen zulassen, oder Sie wollen sie so niedrig haben wie zu der Zeit Ihrer Regierungsmitverantwortung. Nur, dann müssen Sie das auch sagen.

Ich finde einen zweiten Punkt bemerkenswert, Herr Karthaus: Sie werfen uns im Haushalt Trittbrettfahrerei vor, weil es uns stärker gelingt, auch Bundes- und EU-Mittel für Forschung und Entwicklung in Nordrhein-Westfalen einzuwerben. Warum sind denn Bayern und Baden-Württemberg so gut? – Weil sie es schon seit 20 Jahren schaffen, mehr Geld in ihre Länder zu holen. Das haben Sie doch nicht hinbekommen. Das ist doch das Versäumnis!

(Beifall von CDU und FDP)

Ein letzter Punkt zu den Fachhochschulgründungen: Sie alle sind herzlich eingeladen, sich in den nächsten Wochen und Monaten mit Blick auf 2013/2014, wenn wir den doppelten Abiturjahrgang haben, die neuen Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen anzuschauen. Dort werden junge Menschen neue Lebensperspektiven bekommen. Der doppelte Abiturjahrgang wird nicht mit Floskeln abgespeist, sondern mit neuen Studienmöglichkeiten auf modernstem Niveau in den besten Studiengängen. Daran arbeiten wir, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Ich weise auf die vier Änderungsanträge hin, über die ich als Erstes abstimmen lasse. Danach stimmen wir über die Beschlussempfehlung ab.

Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8398** ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU- und FDP-Fraktion. Wer Enthalt sich? – Damit ist

dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8399** ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Dann ist auch dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8400** ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Grüne. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/8401** ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen CDU und FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Jetzt lasse ich über die **Beschlussempfehlung** zum Einzelplan 06 **Drucksache 14/8006** abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **angenommen** und somit der **Einzelplan 06 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 14 Ministerium für Bauen und Verkehr

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Städtebau und Wohnen“ und „Verkehr“.

Ich weise darauf hin, dass hierzu die Beschlussempfehlung Drucksache 14/8014 vorliegt. Außerdem gibt es Änderungsanträge der SPD und der Grünen.

Wir beginnen mit dem

Teilbereich Städtebau und Wohnen

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Ruff-Händelkes von der SPD-Fraktion das Wort.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen geben immer Anlass, ein bisschen Abstand

vom aktuellen tagespolitischen Geschäft zu nehmen. Man tritt einfach ein paar Schritte zurück, um sich einen Gesamteindruck zu verschaffen – von dem, was passiert ist, und vor allen Dingen von dem, was noch passieren wird. Das versuche ich heute Abend zu später Stunde einmal.

In diesem Zusammenhang ist eines für uns ganz wichtig: Im Bereich Wohnungsbau hat Herr Minister Wittke sich einiges geleistet. Er hat sich nämlich etwas geleistet, was eigentlich nur von der Koalition von FDP und CDU begrüßt werden kann. Darauf komme ich später zurück.

Herr Minister, das Wichtigste, was im letzten Jahr passiert ist, ist aber, dass die LEG 2008 an Whitehall verkauft wurde. Noch einmal zur Erinnerung: Wir sprechen hier von Fonds der großen Investmentbank Goldman Sachs. 93.000 Wohnungen sind seit dem Verkauf dem Verantwortungsbereich der Landesregierung entzogen worden.

Die festgelegte Sozialcharta zeigt ihre ersten Lücken, und zwar auf Kosten der Mieterinnen und Mieter. Vor der Übergabe wurden noch schnell Mieterhöhungen vorgenommen, von denen der neue Eigentümer dann natürlich profitieren kann. Noch einmal zur Erinnerung, falls viele der Kolleginnen und Kollegen der FDP und CDU das vergessen haben: Dort leben fast ausschließlich Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen.

Herr Wittke, die Politik Ihres Ministeriums enttarnt damit vor allem den schauspielenden Ministerpräsidenten. Ich bezeichne ihn jetzt einmal als Schauspieler mit einer sozialen Aura; denn mehr ist es nicht. Er lässt zu, dass die Landeswohnungsbaupolitik geschwächt wird. Er lässt zu, dass die Einnahmen aus dem Verkauf der LEG nicht im Wohnungsbau verbleiben, sondern bei Minister Pinkwart oder – was noch weitaus schlimmer ist – in irgendwelchen Schattenhaushalten landen.

Man könnte ja annehmen, dass Ihr Engagement an anderer Stelle Früchte trägt. Wenn wir den Haushalt anschauen, sehen wir aber Folgendes: Als Gegenleistung haben Sie und Ihr Ministerium für den Verkauf der landeseigenen Wohnungen – wir haben es ganz genau nachgerechnet – nichts, aber auch absolut gar nichts bekommen.

Nun zur eigentlichen Wohnungsbauförderungspolitik des Landes: Ja, es ist ein leichter Zuwachs des Wohnungsbaus zu erkennen. Das gebe ich auch zu. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man einmal ganz genau hinschaut, stellt man allerdings fest, dass das vor allem an Mitteln liegt, die häufig vom Bund kommen.

Was ist aber mit der aktuell wichtigsten Aufgabe, den Rückgang des Bestandes an bezahlbaren Sozialwohnungen aufzuhalten und vor allen Dingen bezahlbare Wohnungen altengerecht und energetisch zu sanieren? Richtig, die Förderprogramme für die Bestandspflege werden besser nachgefragt; das